

## Kommunale Finanzen sanieren – Abwärtsspirale stoppen

Mit großer Sorge verfolgt die Wirtschaft im Märkischen Südwestfalen die Entwicklung der Kommunalfinanzen. Die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer steigen kontinuierlich. Eine Abwärtsspirale aus Unternehmensabwanderung, wachsender Verschuldung und sinkender Attraktivität für die Bürger bedroht den starken Wirtschaftsstandort. Die Vollversammlung der SIHK hat in mehreren Resolutionen eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation gefordert. Über 140 Unternehmen, das „Who is Who“ der Region, haben diesen Appell mit unterzeichnet. Sie fordern:

### Keine neue Umverteilung zu Lasten der Kommunen

■ Die Städte dürfen nicht durch finanzielle Belastungen weiter in ihrer Leistungsfähigkeit beschädigt und so zu neuen Sanierungsfällen werden. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen ist finanziell zu gering bemessen, um die Finanznöte der teilnehmenden Kommunen nachhaltig zu verbessern. Der Kommunal-Soli versagt somit in beide Richtungen: Er trägt einerseits nicht zu einer nachhaltigen Konsolidierung der Empfängerkommunen bei, treibt aber andererseits auch die Geberstädte weiter in die Verschuldung.

### Konnexitätsprinzip beachten

■ Ohne eine volle Kostenerstattung dürfen Land und Bund keine weiteren Aufgaben mehr auf die Kommunen übertragen. Die fortgesetzte Missachtung des Konnexitätsprinzips ist nicht mehr akzeptabel. Das Bundesteilhabegesetz zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen wird zwar endlich die Kommunen finanziell entlasten. Es ersetzt jedoch nicht die dringend notwendige Stärkung der finanziellen Basis der Kommunen.

### Nachhaltige Lösung schaffen

■ Notwendig ist eine nachhaltige Lösung der kommunalen Finanzmisere. Hochverschuldete Kommunen haben keine Aussicht, sich allein durch Sparmaßnahmen zu sanieren. Deshalb müssen kommunale Schulden in einen Altschuldenfonds ausgelagert werden mit der Verpflichtung der Städte, künftig nur noch ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Damit wird ein Neubeginn möglich, die Bonität der Kommunen wird gesichert und eine drohende Insolvenz vermieden.

### Finanzbeziehungen neu regeln

■ Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen müssen neu geregelt werden. Das gilt auch für die Gewerbesteuer. Die Städte brauchen dringend eine verlässliche Finanzierung anstelle von immer verspäteten nachträglichen Hilfestellungen.

### Höchste Priorität in Bund und Land geben

■ Die Lösung der kommunalen Finanzmisere muss oberste politische Priorität sowohl im Land als auch auf Bundesebene erhalten. Im Interesse von Wirtschaft und Bevölkerung müssen die Kommunalfinanzen künftig wieder auf einer soliden Basis stehen.